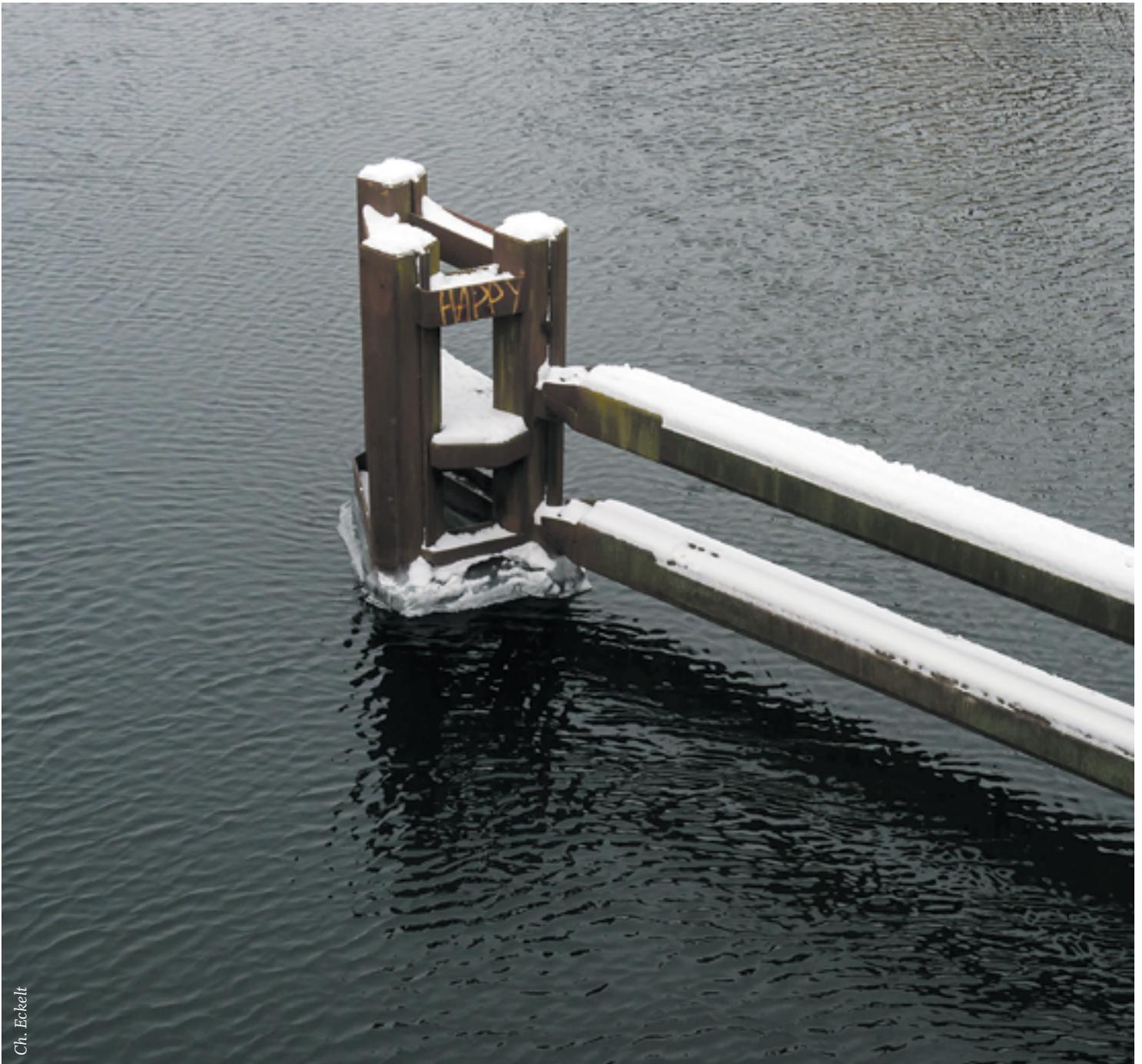


nr. 1 – feb/märz 2016

ecke köpenicker

Seite 3: Maßnahmen 2016 – ein Überblick Seite 6/7: Perspektiven für den Einzelhandel

Seite 8: Das große Geschäft mit Wohnraum Seite 9: Was wird aus dem Bärenzwinger?



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 8. März. Unser letztes Bilderrätsel zeigte eine Skulptur im Köllnischen Park am Märkischen Museum.

Ordnungsamt jetzt auch online

Die Berliner Ordnungsämter sind jetzt auch online erreichbar. Wer beispielsweise Probleme mit der Straßenreinigung, Gefahrenquellen im öffentlichen Raum, defekte Straßenbeleuchtung, Lärm, verdreckte Grünanlagen oder illegal entsorgten Sperrmüll melden will, muss sich nun nicht mehr persönlich oder telefonisch beim Ordnungsamt melden und ist damit auch unabhängig von den Öffnungs- und Sprechzeiten.

Unter <http://ordnungsamt.berlin.de> findet man ein Online-Meldeformular, in dem zunächst die Art des Anliegens und der betreffende Bezirk abgefragt werden. Anschließend konkretisiert man seine Meldung unter den Punkten »Wo? Was? Wer?« Auch eine interaktive Karte steht zur Verfügung, um den Meldeort zu konkretisieren. Erst nach Durchlauf aller Menüs erfolgt die Übermittlung, worauf man dann möglichst bald eine Reaktion der Mitarbeiter des Ordnungsamts erhalten sollte. Durch die Nutzung des Portals wird die Information an das zuständige Amt weitergeleitet.

Unter dem Menüpunkt »Aktuelle Meldungen« kann man außerdem einsehen, welche Mängel wo bereits gemeldet wurden und ob der Mangel bereits behoben wurde.

Bürgersprechstunde

Ab sofort steht jede Woche das Koordinationsbüro (KoSP GmbH, Betreuer des Sanierungsgebiets) vor Ort zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten. Die Bürger- und Akteurssprechstunde findet immer montags zwischen 14 und 18 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101 (U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße) statt.

Zudem bearbeitet das Koordinationsbüro sämtliche Nutzungsanfragen für den Stadteilladen »dialog 101«. Dieser steht für Aktivitäten und Veranstaltungen mit Quartiersbezug unentgeltlich zur Verfügung. Weitere Informationen zum Stadteilladen (inkl. Belegungskalender und Antragsformular) erhalten Sie auf der Website www.luisenstadt-mitte.de. Siehe auch Seite 10.

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilzentrum »Dialog 101«, Köpenicker Straße 101, demnächst also am 16. Februar (siehe auch S. 4!). Die Sitzungen der BV sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die Betroffenenvertretung ist ein wichtiges Gremium und die Interessenvertretung der Bürger im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen der BV sind öffentlich, hier kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter!

»Runder Tisch Köpenicker Straße«

Der Runde Tisch berät über Lösungsmöglichkeiten für Probleme im Gebiet, insbesondere Drogen, Lärm, Müll und Verkehrsströme, die durch die starke touristische Belastung und die Clubszene entstehen. Eigentümer, Mietervertreter, Club- und Hosteltreiber, Polizei, Ordnungsamt tagen zusammen mit dem Präventionsbeauftragten des Bezirks als Moderator. Die Runde findet alle zwei Monate statt und ist öffentlich. Nächster Termin: 1. März 2016, 11–13 Uhr, Stadteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101.

Die nächste »Ecke Köpenicker«

erscheint Mitte März 2016. Redaktionsschluss ist Freitag, der 5. März 2016.

Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion:

Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Aussichten 2016

Welche Maßnahmen sind im Gebiet für dieses Jahr geplant?

Vieles ist im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt in Bewegung. Doch während manche privaten Bauvorhaben sichtbar voranschreiten, ist die Zukunft wichtiger historischer Areale weiterhin unklar: dazu gehören beispielsweise die alte Eisfabrik und das ehemalige Postfuhramt.

Dafür geht es 2016 mit kommunalen Bauvorhaben insbesondere im Bereich öffentlicher Infrastruktur weiter voran. Denn im Sanierungsgebiet und den städtebaulichen Erhaltungsgebieten in der Luisenstadt stehen seit 2011 für einen Gesamtzeitraum von ca. 15 Jahren öffentliche Fördermittel vor allem aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz zur Verfügung, um die Sanierungsziele (u.a. die Entwicklung des innerstädtischen Quartiers, die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Öffnung zum Spreeufer hin) zu realisieren. Dabei können jedoch viele Vorhaben auch aufgrund der Förder- und Finanzierungssystematik nur etappenweise umgesetzt werden.

Melchiorstraße

In diesem Jahr wird das 2014 begonnene Bauvorhaben Melchiorstraße fertiggestellt. Nachdem im letzten Herbst bereits der erste Abschnitt im südlichen Straßenbereich erneuert wurde, folgt nun ab Februar der zweite Bauabschnitt auf der nördlichen Straßenseite samt Kreuzung Adalbertstraße. Fahrbahnen, Gehwege und Beleuchtung werden erneuert, Gehwegvorstreckungen eingerichtet, neue Fahrradbügel aufgestellt. Die Anordnung der Stellplätze wird geringfügig modifiziert, so dass einige zusätzliche Stellplätze entstehen. Während der Bauarbeiten gilt für die Melchiorstraße eine Einbahnstraßenregelung. Die Arbeiten sollen bis Herbst abgeschlossen sein, dann werden auch zahlreiche neue Straßenbäume gepflanzt, die den bisherigen stark geschädigten Bestand ersetzen. Die Maßnahme wird aus dem Denkmalschutzprogramm finanziert.

Weitere Straßenarbeiten

Auch am Wilhelmine-Gemberg-Weg, der neuen Stichstraße von der Köpenicker zum Spreeufer, werden die Arbeiten fortgesetzt. Ende 2016 soll die Straße bis zur Höhe der alten Seifenfabrik fertiggestellt sein. Die Maßnahme wird aus Sanierungsausgleichsbeträgen finanziert.

Für die Adalbert- und die Ohmstraße sind ebenfalls Erneuerungs- und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen vorgesehen. Beide Straßen wurden in die Finanzierungsplanung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz aufgenommen. Für die Adalbertstraße zwischen Engeldamm und Köpenicker wird 2016 die Planung erarbeitet, 2017/2018 soll dann die komplette Erneuerung erfolgen. Für die Ohmstraße ist die Realisierung erst für 2020 vorgesehen.

Kinderzentrum Ottokar

Das Kinderzentrum Ottokar in der Schmidstraße 8 ist eine Jugendfreizeiteinrichtung mit Angeboten für Kinder und Jugendliche. Es wird vom freien Träger »Ottokar e.V.« im Auftrag des Jugendamts Mitte betrieben. Die Räumlichkeiten des Kinderzentrums in einem bezirkseigenen 60er-Jahre-Gebäude sind stark sanierungsbedürftig. Um den Betrieb der Einrichtung dauerhaft aufrecht zu erhalten, ist eine umfassende Erneuerung des Gebäudes in den Jahren 2016/2017



samt einem Erweiterungsbau geplant. Die Arbeiten sollen in diesem Jahr beginnen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt stellt dafür öffentliche Mittel aus dem Programm »Infrastruktur in Stadterneuerungsgebieten« zur Verfügung.

Spreeufergestaltung

Ein langfristiges Sanierungsziel ist die Erschließung und Gestaltung des Spreeufers als öffentlicher Weg mit Aufenthaltsqualität. Zwischen Jannowitzbrücke und Schillingbrücke soll das Spreeufer in einer Breite von 10 bis 20 Metern für die Öffentlichkeit erschlossen, nutzbar gemacht und gestaltet werden. Geplant ist u.a. ein durchgängiger Weg am südlichen Spreeufer für Fußgänger und Radfahrer. Das Vorhaben bedarf umfangreicher Vorbereitungen. So müssen einzelne Uferflächen durch das Land Berlin angekauft und zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden, zahlreiche technische Voruntersuchungen sind notwendig, Bebauungspläne müssen konkretisiert, die Nutzung planungsrechtlich gesichert werden u.v.m. Im Jahr 2015 lief ein mehrstufiges Bürgerbeteiligungsverfahren mit mehreren Workshops, bei denen zahlreiche Anlieger und Bürger ihre Nutzungsideen und Gestaltungsvorschläge einbrachten. In diesem Jahr soll nun auf der Basis dieser Ergebnisse ein freiraumplanerischer Wettbewerb vorbereitet und ausgeschrieben werden.

Noch offene Vorhaben

Ein weiteres wichtiges Vorhaben ist die Entwicklung des Schulstandorts Adalbertstraße. Nachdem Bezirk und Senat geraume Zeit über eine mögliche mehrjährige Zwischennutzung als Flüchtlingsunterkunft verhandelt, ist nun sichergestellt, dass das Areal beim Bezirk verbleibt und als Grundschulstandort reaktiviert werden soll. Konkretere Planungen für die Erneuerung der Gebäude sowie der Sport- und Freianlagen müssen erst noch entwickelt werden.

Auf Eis liegt bislang immer noch die Neugestaltung des Köllnischen Parks als Freiraumanlage (siehe S. 9).

Ein wichtiges Bauvorhaben für die nächsten Jahre plant die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM), die entlang der Köpenicker Straße zusätzliche Neubauten errichten will. Wie berichtet (siehe Ausgabe 8/2015), wurde ein entsprechender Wettbewerb Ende letzten Jahres entschieden: Realisiert werden soll der Entwurf einer Grazer Architektur-Arbeitsgemeinschaft, der den Bau eines Punkthochhauses sowie sechs flacher, miteinander verbundener Einzelgebäude vorsieht. Dabei sollen ca. 150 Wohnungen, außerdem eine Kita, eine Tiefgarage und Gewerbeflächen entstehen. Ein Realisierungszeitraum steht jedoch noch nicht fest.



Für die künftige Umgestaltung des Spreeufers ließ der Bezirk bereits eine Biotop-Erfassung vornehmen, um zu prüfen, welche schützenswerten Tier- und Pflanzenarten hier berücksichtigt werden müssen. Derzeit wird auch der Zustand der Spundwände entlang des Spreeufers untersucht. Sind die Spundwände baufällig, müssten für die Sanierung auch Teile der derzeitigen Uferböschung abgetragen werden, die allerdings nach den Biotop-Studien auch nicht unter Schutz stehen.

Öffentliche Veranstaltung zur Kriminal- und Drogenproblematik
Im Ergebnis eines Kiezrundgangs mit der Polizei und dem Landeskriminalamt im November letzten Jahres (siehe ecke köpenicker Nr. 8/2015) plant die Präventionsbeauftragte des Berliner Polizeiabschnitts 32 eine öffentliche Informationsveranstaltung zur Kriminal- und Drogenproblematik rund um den U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße/Köpenicker Straße. Wie berichtet, haben sich die Drogendelikte in diesem Bereich seit dem letzten Jahr verdoppelt. Die Veranstaltung richtet sich vor allem an die Bewohner der Plattenbauten in der Köpenicker Straße, die am stärksten von diesen Delikten betroffen sind. Die Veranstaltung soll im Frühjahr stattfinden, ein genauer Termin steht noch nicht fest. Interessierte informieren sich bitte auf der Website: www.luisenstadt-mitte.de oder fragen im Stadteilladen dialog 101 montags zwischen 14 und 18 Uhr nach.

»Runder Tisch Tourismus«

Der Bezirk Mitte hat einen »Runden Tisch Tourismus« ins Leben gerufen, der sich mit den unterschiedlichen Aspekten des Berlin-Tourismus auseinandersetzt. Einerseits ist der Tourismus ein wesentlicher Motor für die Berliner Wirtschaft, andererseits verursacht er aber auch viele Konflikte beispielsweise in Wohngebieten. Organisiert wird die Veranstaltung von der Abteilung Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung des Bezirksamtes Mitte unter dem zuständigen Stadtrat Carsten Spallek. Teilnehmer des Runden Tisches in Mitte sind u.a. Vertreter des Bezirksamtes Mitte, wichtige Unternehmen im Bezirk, aber auch Wohnungsbaugesellschaften und Anwohnervertreter. Auch der Präventionsrat des Bezirks Mitte, Thorsten Haas, ist anwesend. Der nächste »Runde Tisch Tourismus« findet am Montag, dem 29. Februar, von 15 bis 17 Uhr im Rathaus Mitte statt. Interessenten, die gern teilnehmen möchten, melden sich bitte vorab hier an: beate.brueening@ba-mitte.berlin.de

Öffentliche BV-Sitzung zum Thema Grün

Die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt engagiert sich nicht nur bei baulichen und infrastrukturellen Belangen des Sanierungsgebiets – auch das Grün und die Fauna des Gebiets sind für die Bürgervertreter und andere Engagierte von großem Interesse. Dabei geht es nicht nur um die Spreeuferbereiche, für die es immerhin im Rahmen der Umgestaltungspläne eine Biotop-Erfassung gab, sondern beispielsweise auch um Straßenbäume im Gebiet, Nistplätze, schützenswerte Tierarten und vieles mehr.

Deshalb hat die BV zu ihrer nächsten Sitzung einen Vertreter des bezirklichen Straßen- und Grünflächenamts eingeladen, um ihn zu unterschiedlichen Themen zu befragen, wie beispielsweise Ausgleichsmaßnahmen bei notwendigen Baumfällungen etc.

Wie alle Sitzungen der Betroffenenvertretung ist auch diese öffentlich, Interessierte sind herzlich eingeladen!

Sie findet am Dienstag, dem 16.2., um 18.30 Uhr im Stadteilladen »dialog 101« statt: Köpenicker Straße 101, U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße.

Lichtbildvortrag: Mit Julius Straube aus der Luisenstadt in die Welt

Julius Straube wurde 1832 in der Luisenstadt, in der Dresdner Straße 52, geboren. Nach verschiedenen Ausbildungsstationen war er schon mit 18 Jahren an bedeutenden preußischen Vermessungsprojekten beteiligt.

1859 gründete Straube seine erste »Geogr. Lith. Anstalt« (Geographisches Institut und Landkartenverlag Julius Straube) und entwickelte den Betrieb in den folgenden Jahrzehnten zum führenden Kartenproduzenten und -verlag für den Berliner Magistrat, preußische Behörden und das touristische Publikum. Das wohl bemerkenswerteste Werk aus dem Verlagshaus war der 1885 erstmals erschienene Übersichtsplan von Berlin in einem Maßstab von 1:4000 auf 44 Einzelblättern, welches bis 1910 regelmäßig – und bis in die 1930er Jahre zumindest noch teilweise – aktualisiert wurde.

Bis 1886 leitete er den Landkartenverlag, der dann von seinem Sohn Benno weitergeführt wurde. Julius Straube starb 1913 in Berlin.

Mit ausgewählten Karten soll sein kartografischer Weg in die Welt vorgestellt werden. In einem abschließenden Exkurs wird die Geschichte der »Berolina« nachgezeichnet, von Julius Straube als Verlagssignet genutzt. us

Lichtbildvortrag von Andreas Matschütz (Landesarchiv Berlin, Kartenabteilung) und Gerd Heinemann (Stiftung Stadtmuseum Berlin, Topografische Sammlung)

Mittwoch, 17. Februar, 19 Uhr, Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101, Ecke Heinrich-Heine-Straße, 10179 Berlin, U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Mietzuschuss jetzt möglich!

Direkte Demokratie begründet künftige Wohnungspolitik

Seit dem ersten Januar können rund 400.000 Haushalte in der Stadt vom neuen »Berliner Wohnraumversorgungsgesetz« profitieren. Bevor es das Abgeordnetenhaus im November beschloss, hatte sich der Senat mit den Initiatoren des »Mietenvolksentscheides« auf den Gesetzestext geeinigt – ein bislang einzigartiger Erfolg direkter Demokratie in Berlin.

Die neuen Regelungen betreffen insbesondere Mieter im Sozialen Wohnungsbau – auch dort, wo die Anschlussförderung weggefallen ist und die Mieten deshalb besonders drastisch steigen können. Diese Mieter können unter Umständen einen Mietzuschuss beantragen. Auch die rund 300.000 Mieterhaushalte kommunaler Wohnungsbauunternehmen können sich künftig bei Mieterhöhungen auf eine neue Härtefallregelung berufen. Der Senat hat für diese Personengruppen eine Anlaufstelle geschaffen, wo die Mieter informiert und entsprechende Anträge entgegengenommen werden: das Büro zgs consult in der Brückenstraße mit der Website mietzuschuss-berlin.de.

Das neue Gesetz regelt aber auch noch weitere grundsätzliche Elemente der Berliner Wohnungspolitik: So müssen die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften künftig 55% statt bislang 30% der frei werdenden Wohnungen an Inhaber eines Wohnberechtigungsscheines (WBS) vermieten, Mietervertreter erhalten einen Sitz in den Aufsichtsräten, eine neue übergeordnete »Anstalt öffentlichen Rechts« sorgt dafür, dass künftig keine Privatisierungen kommunalen Wohneigentums mehr stattfinden. Zudem nimmt es Anregungen aus den wohnungspolitischen Debatten der letzten Jahrzehnte auf: etwa, die Einnahmen aus den Rückzahlungen von Darlehen für den Sozialwohnungsbau direkt wieder in die Finanzierung neuer Sozialwohnungen fließen zu lassen. Der neue »Wohnraumförderfonds« füllt sich also ständig wieder auf, so dass Sozialwohnungen, die nach der Tilgung der Darlehen aus der »Bindungsfrist« herausfallen zumindest teilweise durch neue Sozialwohnungen ersetzt werden.

Das Gesetz, das mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen beschlossen wurde, versucht wohnungspolitische Fehler der 2000er Jahre korrigieren, die in Berlin zu einem massiven Abbau des kommunalen Wohnungsbestandes führten – etwa die Privatisierung der GSW mit ihren rund 65.000 Wohnungen. Insgesamt haben sich unter dem Druck des Mietenvolksentscheids die Wohnungspolitiker über Parteigrenzen hin-

weg durchgesetzt. Ohne diesen Druck hätte es sicher deutlich länger gedauert, bis der Neuanlauf der Berliner Wohnungspolitik gesetzliche Formen gefunden hätte. Mit dem neuen Gesetz existiert jetzt eine Grundlage, die – auch angesichts der direkt-demokratischen Wurzeln – nicht so schnell wieder gekippt werden kann.

Natürlich gibt es auch Kritik: Reiner Wild vom Berliner Mieterverein zum Beispiel befürchtet, dass viele betroffene Mieter gar keine Anträge stellen, und fordert den Senat auf, zumindest die Mieter im Sozialen Wohnungsbau direkt anzuschreiben. Er kritisiert auch, dass die Nettokaltmiete als Grundlage für die Bedürftigkeitsprüfung gilt: »Zumindest die kalten Betriebskosten hätten hinzugezogen werden müssen, denn auf deren Höhe haben Mieter ja kaum Einfluss.« Zudem reichen die Rückflüsse in den »Wohnraumförderfonds« auch nicht annähernd dazu aus, den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken: Das neue Gesetz markiert aber auch nicht den Endpunkt, sondern den Wendepunkt Berliner Wohnungspolitik. cs

Auskunft und Antragstellung Mietzuschuss:
zgs consult GmbH, Brückenstraße 5, 10179 Berlin, Telefon (030) 28 40 93 02
Mo–Mi 9–15 Uhr, Do 9–20 Uhr, Fr 9–15 Uhr
www.mietzuschuss-berlin.de
post@mietzuschuss-berlin.de

Bildecke



»Es mangelt Dir an Kunden?«

Der »Socialmedia Doktor« berät auch kleine Einzelhändler beim Online-Marketing

Im Spandauer »Aktiven Zentrum Wilhelmstadt« hat er im vergangenen Herbst ein vielbeachtetes Seminar zum Thema »Online-Marketing« gegeben: Sebastian Riehle, der »Socialmedia Doktor« aus der Oudenarder Straße im Wedding. Andere »Aktive Zentren« in Berlin planen jetzt ähnliche Veranstaltungen. Denn Online-Marketing wird für kleine Einzelhändler immer stärker zu einem unverzichtbaren Bestandteil ihrer Unternehmensführung.

»Es gibt in Berlin sehr viele Agenturen für Online-Marketing und Soziale Medien«, erzählt Sebastian Riehle. »Sie kämpfen alle um die lukrativen Aufträge bei größeren Firmen.« Für kleinere Unternehmen wie die des inhabergeführten Einzelhandels gebe es jedoch noch kaum Angebote, die für diese auch bezahlbar seien. Als »Socialmedia Doktor« will Sebastian Riehle das ändern, indem er Hilfe zur Selbsthilfe anbietet: Auf seinem Blog im Internet, den er ständig pflegt und ausbaut, kann man etwa seinen Newsletter abonnieren, in dem er regelmäßig über Neuentwicklungen informiert. In »Webinaren« – Online-Seminaren zu festen Zeiten – berät er seine Kunden auch persönlich und problembezogen. Und in diesem Jahr will er ins »E-Learning« einsteigen: Die Erfahrungen, die er in Seminaren in Aktiven Zentren oder für diverse Industrie- und Handelskammern sammelt, fließen dabei in kleine Filme ein, die seine Kunden zur persönlichen Weiterbildung nutzen können.

»Da werden immer die gleichen Fragen gestellt, auf die ich dann immer die gleichen Antworten gebe: Das kann man also gut aufbereiten und präsentieren.« Das Ganze wird natürlich nicht verschenkt, sondern soll zu einem vergleichbar niedrigen Monatsbeitrag angeboten werden. Und da sich das Angebot an den gesamten deutschen Sprachraum richtet, könnte es sich für ihn durchaus auch finanziell lohnen. Sebastian Riehle ist ein Unternehmensgründer mit einer starken Überzeugung und einer Menge Tatkraft: Unternehmer wie er stecken maßgeblich hinter dem wirtschaftlichen Aufschwung, der Berlin in den letzten Jahren erfasst hat.

Studiert hat er Betriebswirtschaftslehre und Tourismus-Marketing in München. Nach dem Studium kehrte er in seine Heimat Thüringen zurück und entwickelte für die IHK die ersten Seminare für Online-Marketing im Tourismus-Bereich. Vor etwa zwei Jahren zog er dann zu seiner Frau nach Berlin, die hier als Lehrerin arbeitet. »In Berlin sind die Netzwerke im Socialmedia-Bereich natürlich viel größer. In Erfurt hätte ich allein am Socialmedia-Stammtisch gegessen, hier habe ich schnell ein großes Umfeld gefunden.« Einen Job für einen großen IT-Betrieb hat er nach wenigen Monaten wieder beendet: »Das war nichts für mich, ich arbeite nicht gerne im Großraumbüro und lieber für viele kleine Kunden als nur für einen.«

Im November 2014 eröffnete er seinen Blog »Socialmedia-Doktor.de«. Im Video auf der Startseite begrüßt er den Zuschauer im Arztkittel und mit umgehängten Stethoskop: »Hallo, ich bin der Socialmedia Doktor ... Es mangelt Dir an Kunden oder Du hättest gern mehr davon? Du willst bekannter werden, aber Print-, TV- oder Radiowerbung sind Dir zu teuer oder erscheinen Dir nicht zeitgemäß? Alle Welt redet von Facebook und Socialmedia – aber Du leidest noch an großer Unsicherheit, wie Du darüber regelmäßig an zahlende Kunden kommen sollst?«



Wer die Website durchstöbert, findet dort schon viele wertvolle Tipps. Etwa dass es sich lohnt, persönlich aufzutreten: »Das gilt vor allem auch für Einzelhändler und Gastronomen«, erzählt Sebastian Riehle: »Denn die Kunden binden sich einfach lieber an Personen als an Organisationen. Da haben inhabergeführte Geschäfte also einen klaren Vorteil, den sie auch nutzen sollten.« Oder dass es gut ist, E-Mail-Adressen zu sammeln, samt der Erlaubnis, ab und zu Newsletter zu versenden: »Nicht zu häufig, so dass es nicht nervt, und inhaltlich immer am Kundeninteresse orientiert.« Das gelte noch mehr für den Auftritt in den Sozialen Medien wie Facebook. Pflegen müsse man auch Auftritte auf Kartendiensten wie zum Beispiel auf Google Maps: »Das dient vor allem dazu, die Kunden neugierig zu machen und auf die Website oder in den Laden zu führen. Bei Facebook kann man auch mit vergleichsweise geringem Einsatz Werbung für sein Unternehmen machen.«

Natürlich erfordert das alles einen gewissen zeitlichen Aufwand. »Etwa eine halbe Stunde pro Werktag oder zwei bis drei Stunden am Wochenende,« so schätzt der Socialmedia Doktor, »und natürlich muss man sich auch erst mal ins Thema einarbeiten.« Dabei allerdings kann er helfen. Das Seminar in der Wilhelmstadt jedenfalls war für die Teilnehmer ein echter Gewinn – auch für die, die schon längere Zeit online aktiv sind: »Ich habe da vieles gelernt, was ich nicht missen will, jede Minute hat sich gelohnt,« meinte zum Beispiel der Weinhändler Friedrich-Karl Berndt. cs

Mehr Infos unter: www.socialmedia-doktor.de

Gute Geschäfte machen – Einzelhandel im Umbruch

Wie Kultur, Gewerbe und bürgerschaftliche Initiativen sich gegenseitig unterstützen können

Der Einzelhandel steht vor großen Herausforderungen. Durch Online-Angebote geraten herkömmliche Handelsstrukturen zunehmend unter Druck. Gehört der kleine, inhabergeführte Einzelhandel möglicherweise bald der Vergangenheit an? Die HafenCity Universität Hamburg (HCU) führt eine Untersuchung zur Zukunft des Handels durch.

»In manchen Stadtquartieren scheint der traditionelle Einzelhandel bereits verschwunden zu sein oder zumindest beständig um seine Existenz zu ringen. Es gibt aber auch Quartiere, in denen man neue Handelskonzepte und andere innovative Formen des Wirtschaftens und Arbeitens findet«, sagt Stefan Kreutz von der HafenCity Universität (HCU). Unter Leitung von Prof. Dr. Ingrid Breckner (HCU) und in Kooperation mit Thomas Böhm und Carsten Sommerfeldt vom Projekt »Literarische Unternehmungen« untersucht der Stadtplaner und Projektentwickler, wie es stationären Einzelhändlern gelingen kann, die Tragfähigkeit ihrer Geschäftsideen zu verbessern und ihre zukünftigen Handlungsspielräume so zu erweitern, dass ihre Existenz langfristig gesichert werden kann.

Stefan Kreutz ist gerade auf Entdeckungsreise durch Deutschland. In sieben Städten besucht er mit seinen Teamkollegen innovative Geschäftsleute, Kulturakteure und Stadtentwickler, die ihre Erwartungen und Ideen für die Zukunft des stationären Handels in ihrer Stadt präsentieren. Diese stehen im Fokus des Projektes »Gute Geschäfte machen«.

»Wenn die Funktion des städtischen Handels wegbricht, dann nützen die sanierten Straßen und Plätze aus Mitteln der Städtebauförderung wenig«, sagt Stefan Kreutz. Eine Station seines Forschungsteams war die schrumpfende Stadt Eberswalde. Der Marktplatz wurde umfangreich saniert, doch die Leute blieben aus. Der Kulturveranstalter Udo Muszynski kam 2007 auf die Idee, die Veranstaltung »Guten Morgen Eberswalde« ins Leben zu rufen, um wieder Menschen in die Innenstadt zu locken. Mittler-

weile hat er fast 450 Einzelveranstaltungen organisiert und es geschafft, den Marktplatz neu zu beleben. Auch wenn solche Aktionen von allen Beteiligten einen hohen zeitlichen und personellen Einsatz fordern, der Mehrwert liegt auf der Hand: Handel und Kulturinitiativen können sich gegenseitig unterstützen, die Verbundenheit mit dem Stadtteil stärken und so wieder ein Zentrum bilden. Auch Stadtentwickler haben erkannt, dass Handel nicht nur unter ökonomischen, sondern auch unter sozialen und kulturellen Gesichtspunkten betrachtet werden muss. Aus diesem Grunde hat das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße neben dem Gebietsfonds auch den Kulturfonds ins Leben gerufen – beide werden aus Städtebauförderprogrammen finanziert. Solche kleinteiligen Angebote können Anreize schaffen und Impulse setzen, um eine konkrete Idee, ein Projekt für eine Bereicherung des Kiezes ins Rollen zu bringen.



Handel und Kultur suchen auch in Moabit die Kooperation: So zeigt die Wanderkino-Initiative »Kino für Moabit« – mangels eigener Räumlichkeiten – regelmäßig in den Geschäften interessierter Gewerbetreibender thematisch passende Filme. So wurde in Marianne Graffs »Frisör-saloon« die libanesisische Beziehungskomödie »Caramel« gezeigt, die im Friseurmilieu spielt.

Stefan Kreutz machte auch beim TIM-Frühstück in Moabit Halt. Hier gefiel ihm besonders, wie sich die Unterschiedlichkeit des Stadtteils auch in der Geschäftsstruktur spiegelt: türkischer Gemüsestand auf der einen und Bioladen auf der anderen Straßenseite, dazwischen Second-Hand-Geschäfte und kleine Manufakturen. Aber auch die Nutzung des ehemaligen Hertie-Kaufhauses fand er spannend. »Aufgegebene Warenhäuser sind schwierige Immobilien, für die sich kaum Investoren finden. Das Mischkonzept Handel-Dienstleistung-Wohnen, das der Eigentümer hier umgesetzt hat, ist sehr selten und wertvoll.«

Beim Geschäftemachen geht es neben wirtschaftlichen also auch um soziale Funktionen, die für die Entwicklung von Innenstädten von großer Bedeutung sind. »Es ist sehr wichtig und richtig, dass die Städtebauförderung erkannt hat, dass reine bauliche Maßnahmen allein nicht reichen«, sagt Stefan Kreutz. »Es sind vor allem die engagierten Menschen mit einer Vision vor Ort, die andere Leute mitziehen können. Sie sind mit dem Gebiet, in dem sie wohnen und arbeiten, verbunden und können zur Belebung und Entwicklung von Quartieren weitaus mehr beitragen als externe Spezialisten.«
Nathalie Dimmer

Weitere Informationen unter: www.gutegeschaeftemachen.de



Das große Geschäft mit Wohnraum

Mittes Sozialstadtrat Stephan von Dassel über Ferienwohnungen und Flüchtlingsunterbringungen

Der angespannte Berliner Wohnungsmarkt ist aus der Sicht etlicher Eigentümer und Vermieter vor allem eines: eine echte Goldgrube. Stetig wachsende Touristenzahlen sorgen immer noch für ein florierendes Geschäft mit (oft illegal vermieteten) Ferienwohnungen – und damit für zunehmenden Wohnungsmangel und steigende Mieten. Berlinweit geht man von inzwischen 23.000 Ferienwohnungen aus, die dem normalen Mietmarkt entzogen sind. Zwar gilt seit 2014 in Berlin eine neue Zweckentfremdungsverbotsverordnung, demzufolge eine gewerbliche Nutzung von Wohnraum genehmigungspflichtig ist und versagt werden kann. Für die Durchsetzung der Verordnung sind die Bezirksämter zuständig. Die Übergangsfrist, in der die gewerbliche Nutzung von Wohnungen aus triftigen Gründen nachträglich beantragt werden kann, läuft im Mai 2016 ab – danach sind so gut wie keine Ferienwohnungen mehr zulässig, sagt Stadtrat Stephan von Dassel, der in Mitte für die Durchsetzung der Verordnung zuständig ist. Die Bezirksämter können juristisch gegen illegale Nutzungen vorgehen. Doch die Dunkelziffer ist nach wie vor hoch: in Mitte etwa sind 1650 Ferienwohnungen offiziell gemeldet, doch Stephan von Dassel schätzt die reale Zahl auf ca. 5000. Viele Vermieter, so vermutet von Dassel, spielen einfach auf Zeit bzw. setzen auf zähe juristische Auseinandersetzungen. Gleichzeitig ist aber eine Gesetzesnovellierung in Arbeit, die noch vor Mai vom Abgeordnetenhaus beschlossen und verabschiedet werden soll. Es geht darum, bisher bestehende Schlupflöcher zu schließen (u.a. wird klargestellt, dass auch Zweitwohnungen nicht ohne Genehmigung als Ferienwohnung vermietet werden dürfen) und den Ämtern die Arbeit zu erleichtern – u.a. damit, Internetrecherchen für ihre Arbeit nutzen zu können. Künftig sollen Internetplattformen wie airbnb verpflichtet sein, Auskunft über die Klaradressen der Anbieter zu geben. »Wenn es in Berlin offiziell nur 6000 Ferienwohnungen geben soll – wo kommen dann die ca. 17.000 airbnb-Gastgeber her?«, fragt von Dassel.

Geldmaschine Flüchtlingsunterbringung

Doch derzeit beschäftigt ihn ein weiteres gravierendes Problem: Denn Eigentümer haben auch entdeckt, dass sich mit der Flüchtlingsunterbringung viel Geld verdienen lässt. »Als Bezirk versuchen wir, Vermieter zu überzeugen, leere Wohnungen zur Verfügung zu stellen – aber zur normalen Wohnungsmiete und in entsprechendem Zustand«, sagt von Dassel. Doch viele umgehen das einfach, indem sie Wohnraum als Beherbergungsbetrieb bzw. als genehmigte gewerbliche Nutzung ausgeben und ihn direkt dem LaGeSo anbieten, das auch für die Flüchtlingsunterbringung zuständig ist. Das Landesamt zahlt für die Unterbringung pro Nacht und Person maximal 50 Euro. So kommt es, dass z.B. eine 90-Quadratmeter-Wohnung in der Weddinger Wollankstraße 95, die normalerweise ca. 900 Euro Miete kosten würde, dem Eigentümer monatlich das Zehnfache einbringt: sechs untergebrachte Personen mal 50 Euro pro Nacht und Person mal 30 Nächte macht 9000 Euro. Verfügt der Eigentümer über 20 solcher Wohnungen, die er nach diesem Geschäftsmodell als Flüchtlingsunterkunft dem Land Berlin anbietet, kann er pro Jahr über 2 Millionen Euro einnehmen – für die der Steuerzahler aufkommt.

Solche Praktiken empören Mittes Sozialstadtrat besonders, er findet das einfach unanständig. Das praktische Problem bestehe insbesondere darin, dass das LaGeSo (inzwischen weltweit bekannt für seine chronische Überforderung) nicht überprüft, ob die Wohnungen auch tatsächlich als Gewerbe genehmigt wurden. Sind sie es nicht, dürften eben nur Wohnungsmieten laut den gesetzlichen Regelungen verlangt werden. Dieser Mangel an Kontrolle müsse schnellstens behoben werden, fordert er. »Es kann doch nicht so schwer sein, mal beim Bezirk nachzufragen, ob tatsächlich eine Genehmigung für eine gewerbliche Nutzung vorliegt.«

Von Dassel hat mal eine kleine Überschlagsrechnung gemacht, welche Kosten auf das Land Berlin zukommen, wenn der Ausnutzung dieser aktuellen Wohnungsnotlage kein Riegel vorgeschoben wird. Ausgehend von 50.000 Flüchtlingen und unter Berücksichtigung legaler Hostels und Wohnungen kommt er unterm Strich auf schätzungsweise 800 Millionen Euro, die jährlich aus dem Landeshaushalt in illegale Betriebe fließen könnten. Das empört von Dassel – schließlich beträgt der gesamte Berliner Jahresetat gerade mal 22 Milliarden. »Es kann nicht sein, dass das Landesamt Gauner finanziert und die Bezirke die Polizei spielen müssen.« In der politischen Debatte steht die Wohnraumversorgung ganz oben auf der Agenda – und es ist ein brisantes Thema, will man es nicht zu Konkurrenzen kommen lassen wie im Fall der Berlichingenstraße 12, wo wohnungslose Männer ihre Unterkunft räumen sollen, weil Flüchtlinge für die Eigentümer nun mal einträglicher sind. »In Berlin suchen viele Geringverdiener, Familien, Alleinerziehende manchmal monatelang bezahlbare Wohnungen«, sagt von Dassel, »und nun auch viele Flüchtlinge. Aber es darf nicht sein, dass Eigentümer aus der Wohnungsnot auf Kosten der öffentlichen Hand Maximalprofite herauschlagen.« Als wichtigste praktische Maßnahme fordert er, dass das Land Berlin keine Unterbringungskosten übernimmt für Einrichtungen, die nicht genehmigt und bestätigt sind. Ein gangbarer Weg wären »Weiße Listen«, auf denen die genehmigten Beherbergungsbetriebe und Wohnungen verzeichnet sind. *Ulrike Steglich*

Neustart auf holländisch

Das Märkische Museum wird saniert – aber Köllnischer Park und Bärenzwinger?

Zur Hälfte zahlt der Bund, zur Hälfte das Land: Insgesamt 65 Millionen Euro stehen in den nächsten Jahren bereit, um das Märkische Museum und das benachbarte Marinehaus zu sanieren und umzugestalten. Im Sommer will Paul Spies, der neue Direktor der Stiftung Stadtmuseum, dazu ein Konzept vorlegen. Was aber passiert im Umfeld des Museums?

Der Köllnische Park sollte eigentlich schon saniert sein. Die Bauplanungsunterlagen sind längst ausgearbeitet, ruhen aber derzeit noch in den Schubladen des Straße- und Grünflächenamtes. Im Sommer 2013 hatten sich viele Anwohner mit den Planungsideen der Büros TOPOS und Hortec in einer öffentlichen Veranstaltung auseinandergesetzt. Danach sollte der Park umzäunt und in der Nacht abgeschlossen werden, um ihn und die dort aufgestellten Skulpturen und Kunstgegenstände vor Vandalismus zu schützen. Das hat zwar nicht allen gefallen, wurde am Ende jedoch von den meisten akzeptiert, da es zu solchen Vorfällen bereits gekommen war. Die Skulptur »Große Liegende« zum Beispiel war aus ihrer Verankerung gerissen worden und musste danach vom Märkischen Museum aufwändig repariert werden. Auf höhere Weisung aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, damals noch von Michael Müller geleitet, wurde das Vorhaben jedoch auf Eis gelegt. Die 1,2 Millionen Euro, die im Programm »Städtebaulicher Denkmalschutz« schon bereit standen, wurden anderen Zwecken zugeführt.

Inzwischen haben sich Rahmenbedingungen geändert. So steht der Bärenzwinger im Köllnischen Park leer, nachdem die letzte verbliebene Stadtbäarin Schnute im Oktober 2015 eingeschläfert werden musste. Was mit dem in den 1920er und 1930er Jahren angelegten Zwinger geschehen soll, ist derzeit ungewiss. Neue Bären werden ihn nicht wieder beleben, solche Zwinger sind nicht artgerecht, zudem kann sich das Grünflächenamt in Mitte hier eigentlich auch keine Tierpfleger leisten. »Ich habe mir die Innenräume des Bärenzwingers zusammen mit Bezirksstadtrat Carsten Spallek angeschaut«, erklärt der ehemalige kommissarische Direktor der Stiftung Stadtmuseum, Christian Mothes: »Sie eignen sich weder für Gastronomie noch für andere gewerbliche Nutzungen.« Im Verlauf der vielen Workshops zur Neugestaltung des Spreeufers in der Nördlichen Luisenstadt jedoch hat sich unter reger Beteiligung von Mitarbeitern des Märkischen Museums eine Idee von »Ge-



schichtinseln« entwickelt, die zusammen »Geschichtspfade« im öffentlichen Raum bilden könnten. Der alte Bärenzwinger wiederum wurde ursprünglich zum Zwecke der »öffentlichen Zur-Schau-Stellung« errichtet – könnte daraus nicht eine multimediale Geschichtsinselform werden?

Wenn Paul Spies, der neue Direktor der Stiftung Stadtmuseum, auch nur halb so viel bewegt, wie ihm die Medien der Stadt zutrauen, wird sich das Märkische Museum aus seiner gegenwärtigen Lage im Windschatten der Touristenströme heraus entwickeln. Spies fordert vehement die Wiedererrichtung der historischen Waisenbrücke zwischen Littenstraße und Märkischem Platz, die die Besucherströme vom Nikolaiviertel anziehen würde. Als Fußgänger- und Radfahrbrücke steht sie zwar auch auf der Agenda des Sanierungsgebiets Nördliche Luisenstadt, sie hat es dort aber noch nicht bis in die Programmplanung geschafft: Finanzielle Mittel stehen dafür also bislang nicht in Aussicht, mit dem agilen Spies als Fürsprecher könnte sich das vielleicht bald ändern. Für das Märkische Museum peilt er nach dem Umbau die Marke von 200.000 zahlenden Besuchern pro Jahr an – vier- bis fünfmal so viel wie heute. Als ehemaliger Direktor des »Amsterdam Museums« bringt er sieben erfolgreiche Jahre Erfahrung im Umbau und zeitgemäßer Neuorientierung stadtgeschichtlicher Museen mit nach Berlin. Hier unterstehen ihm nicht nur das Märkische Museum und das Marinehaus, sondern auch die Nikolaikirche, das Ephraim-Palais, das Knoblauchhaus sowie das Museumsdorf Düppel. Zudem soll er das Konzept für die künftig vom Land Berlin genutzten Flächen im Stadtschloss (Humboldt-Forum) entwickeln. Er wird damit zur zentralen Figur für das Marketing Berlins als Geschichtsstadt. Denn die Berliner Geschichte – vor allem die des 20. Jahrhunderts – zieht Jahr für Jahr mehr Touristen in die Stadt. Der Umgang mit ihr ist also auch ein Wirtschaftsfaktor. Touristen werden künftig auch stärker den Stadtraum rund um das Märkische Museum frequentieren, der folglich für das Image der Stadt an Bedeutung gewinnt. Das Märkische Ufer wird im Rahmen des Spreeuferwegs neu gestaltet, noch in diesem Jahr sind Vorschläge kreativer Landschaftsarchitekten gefragt. Die Pläne für den Köllnischen Park auf der anderen Seite des Museums schlummern jedoch noch brav im Amt. Wenn das Konzept für das neue Märkische Museum und das Marinehaus vorliegt, sollte man sie wieder aus den Schubladen herausholen. *Christof Schaffelder*



Otto Lilienthal darf nicht vergessen werden

Eine Initiative der Betroffenenvertretung und des Bürgervereins Luisenstadt

Wer die Köpenicker Straße entlangläuft, übersieht leicht das eher unscheinbare Denkmal – eine Stele mit Bild und Inschrift. Viele halten es wohl eher für ein Firmenschild. Dabei erinnert es an eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Luisenstadt, an den Pionier der Luftfahrt Otto Lilienthal: In der Köpenicker Straße 110 stand einst die Ende des 19. Jahrhunderts erbaute Maschinenfabrik der Brüder Lilienthal, in der zunächst Dampfessel, Dampfmaschinen, Kleinmotoren, Heizungen und andere Geräte gebaut wurden. 1891 gelangen dem Maschinenbauingenieur Otto Lilienthal, der vom freien Fliegen träumte, dann die ersten reproduzierbar sicheren Gleitflüge der Geschichte. Und um 1895 ließ Lilienthal in seiner Fabrik Köpenicker Straße 113 erstmalig in der Geschichte ein Flugzeug in Serie bauen: ein »Normalsegelapparat« zur »Übung des Kunstflugs«.

In seiner Hommage an Lilienthal schrieb unser Kolumnist Falko Hennig im letzten Jahr: »Von diesen Flugzeugen sind vier Apparate erhalten (...) Die Flugzeuge sind so etwas wie die Wiegendrucke der Luftfahrtgeschichte, sie sind in Museen zwischen Washington und Moskau zu bestaunen.« (Ecke Köpenicker Nr. 4/2015) Zugleich bedauerte der Autor die Unscheinbarkeit des bestehenden Denkmals, das der Bedeutung Lilienthals nicht gerecht werde, Falko Hennig warb in diesem Zusammenhang dafür, über ein angemesseneres Denkmal nachzudenken.

Das sehen auch die Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt und der Bürgerverein Luisenstadt ähnlich. Angesichts des Neubauvorhabens der Wohnungsbaugesellschaft Mitte entlang der Köpenicker Straße ergibt sich nun auch ein praktischer Anlass, neue Ideen zu entwickeln.

Jetzt hat sich eine »Initiative Lilienthal nicht vergessen« gegründet, die auch in einem aktuellen Brief an das Landesdenkmalamt um Unterstützung bei dem Vorhaben bittet. Die Betroffenenvertretung plant eine öffentliche Abendveranstaltung, um Interessierte zur Diskussion über eine neue Denkmalgestaltung anzuregen. Den Auftakt soll ein Vortrag über Lilienthals Wirken geben. Angefragt sind sowohl ein Experte des Technikmuseums Berlin sowie Dr. Bernd Lukasch, der das Otto-Lilienthal-Museum Anklam leitet. Lilienthal war gebürtiger Anklamer. Das kleine, aber sehr engagierte Museum in seiner Geburtsstadt zeigt Lilienthals Flugapparate und beschreibt, wie aus dem alten Menschheits Traum vom Fliegen die licht- und schattenreiche Geschichte des Flugzeugs wurde.

Die Einführungsvorträge sollen Leben und Werk Lilienthals sowie seine Bedeutung als Pionier in der Geschichte der Luftfahrt in den Mittelpunkt stellen. Im Anschluss, so plant es die Betroffenenvertretung, können die interessierten Gäste sich über Ideen und Anregungen für eine künftige Denkmalgestaltung austauschen. Ausdrücklich will die BV dabei aber keine Richtungen vorgeben. »Wir wollen dem nicht vorgreifen«, sagt Volker Hobrack, einer der Sprecher der Betroffenenvertretung und Vorsitzender des Bürgervereins Luisenstadt. Geplant ist die öffentliche Veranstaltung unter dem Titel »Lilienthal darf nicht vergessen werden« für Ende Februar bzw. Anfang März, bislang konnte jedoch mit den angefragten Referenten noch kein konkreter Termin vereinbart werden. Die Betroffenenvertretung will jedoch, sobald ein Termin feststeht, darüber öffentlich informieren: mit Flyern und Einladungsplakaten sowie über die Websites der Betroffenenvertretung und des Bürgervereins Luisenstadt: www.luise-nord.de, www.buergerverein-luisenstadt.de us

Über »Lilienthal & Co« informiert auch unser Autor Falko Hennig bei täglichen Stadtpaziergängen (siehe S. 11)

Stadtteiladen »dialog 101«

Seit letztem Jahr steht der Öffentlichkeit ein neuer Stadtteiladen zur Verfügung: Die Räume in der Köpenicker Straße 101 werden durch den Sanierungsbeauftragten KoSP im Auftrag des Bezirksamts verwaltet. Hier finden bislang regelmäßig die monatlichen Sitzungen der Betroffenenvertretung und des Sanierungsbeirats statt, außerdem gebietsbezogene Veranstaltungen und Ausstellungen. An jedem Montag zwischen 14 und 18 Uhr bietet das KoSP hier eine Bürger-sprechstunde für die Bürger im Sanierungsgebiet an.

Doch darüber hinaus sind weitere Nutzer sehr willkommen! Die barrierefreien, neu ausgestatteten Erdgeschossräume mit insgesamt 330 Quadratmetern und vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten stehen lokalen Akteuren, Vereinen und Initiativen aus der Nördlichen Luisenstadt als Begegnungs- und Veranstaltungsort unentgeltlich zur Verfügung. Der Laden kann sowohl für einmalige als auch für regelmäßige Veranstaltungen genutzt werden. Die Räume erlauben die Durchführung von Arbeitsgruppentreffen, Besprechungen, Seminaren oder Tagungen. Möglich sind auch Beratungsangebote, Kulturveranstaltungen (z.B. Lesungen oder Ausstellungen) oder die Realisierung sozialer Projekte. Arbeitstische, Stühle, eine kleine Büroausstattung, Telefon- und Internetzugang sowie eine Teeküche stehen zur Verfügung.

Informationen zum Stadtteiladen erhalten Interessierte beim KoSP (Hr. Bachmann, Telefon 33 00 28 39) bzw. auf der Website www.luisenstadt-mitte.de/akteure/stadtteiladen.html (inkl. Belegungskalender und Antragsformular). us

Die umkämpfte Engelsburg

Das Krankenhaus am Rande der Stadt

Bücher haben ihre Schicksale, genau wie Menschen und auch Häuser. Meist ist alles miteinander verbunden und so ist es auch mit der »Roten Burg« am Engeldamm, auch »Rote Engelsburg« genannt.

Dem Haus Engeldamm 61–65 sieht man noch heute an, dass es etwas Besonderes ist. Den Spitznamen verdankt das neugotische Gebäude nicht nur seiner roten Backsteinfassade, sondern seiner revolutionären, zumindest arbeiterbewegten Geschichte. Es war das erste Gewerkschaftshaus Berlins. Die Gewerkschaften hatten sich bis zur Eröffnung dieses Hauses nur in Kneipen und so genannten Schmalzstullenclubs treffen können.

Kein anderes Haus der Gegend war und ist so umkämpft, das begann schon beim Bau, denn der Bauherr war ein fortschrittlicher Berliner, gegen den der Kaiser sogar ein eigenes Gesetz erlassen hatte. Sein Name war Leo Arons, er stammte aus einer Bankiersfamilie und wurde als Physiker bekannt und erfolgreich. Täglich haben wir auch noch heute mit seiner bedeutendsten Erfindung zu tun, der Quecksilberdampflampe, nach ihm »Aronssche Röhre« genannt. Denn sein erhellendes Prinzip kommt noch immer in unseren Energiesparbirnen zur Anwendung. Gegen ihn gab es die »Lex Arons«, die es Mitgliedern der SPD verbot, an der Universität zu arbeiten – denn Wilhelm II. wollte keine Sozialisten als Lehrer der Jugend dulden. Zum Glück hatte Arons aus seinen Patenten ausreichend Einkünfte, um auf eigene Kosten die Rote Burg erbauen zu lassen. Der »Vorwärts« schrieb damals dazu:

»Aus dem Grau nüchterner Mietskasernen steigt keck ein roter Ziegelsteinbau in die Lüfte. Es ist ein massives Haus, dem auch der Nichtfachmann die Solidität auf den ersten Blick ansieht. Massig und doch von einer fast koketten Formenschönheit mit seinem hohen Frontgiebel, seinen weiten, der Sonne geöffneten Fenstern, seinen anheimelnden gastlichen Torbogen. Gewerkschaftshaus steht an der Front zu lesen.«

Im Jahr 1900 wurde Arons die Lehrerlaubnis entzogen, aber auch sein Gewerkschaftshaus eröffnet. Er starb 1919 und wurde im Hof genau dieses Hauses begraben. Doch ewige Ruhe war ihm nicht vergönnt – 1933



stürmten die Nazis das Haus und verwüsten sein Grab. Das »Haus der deutschen Arbeit«, wie es nun hieß, beherbergte die »Deutsche Arbeitsfront« und die Organisation »Kraft durch Freude«.

Verglichen mit vielen Häusern der Gegend, kam das Gebäude im Bombenkrieg noch glimpflich davon, nur ein Querflügel wurde zerstört. Es wurde mit Kriegsverletzten belegt. Auch nach 1945 blieb es Notkrankenhaus und wurde dann zum Krankenhaus Berlin Mitte ausgebaut. Seit dem Mauerbau 1961 blickte man aus diesem Krankenhaus direkt auf den Todesstreifen.

Es ist der 9. April 1969. Ein Schuss geht durch eine Scheibe des Aufenthaltsraums, das Projektil landet auf dem Tisch. Die Krankenschwestern springen auf. Ein junger Flüchtling, er heißt Johannes Lange, rennt draußen auf die letzte Mauer zu, die ihn noch von Westberlin trennt. Er fällt tot zu Boden, von hinten ist er durch Kugeln in Kopf, Hals und Nacken getroffen. Die Patienten im Krankenhaus öffnen die Fenster und rufen »Lumpen!«, »Verbrecher!« und »Mörder!« zu den Soldaten. Ein Polizist stellt die Ordnung wieder her. In Stasi-Deutsch ist ein »Grenzdurchbruch verhindert« worden, die Schützen bekommen je eine Armbanduhr als Sachprämie.

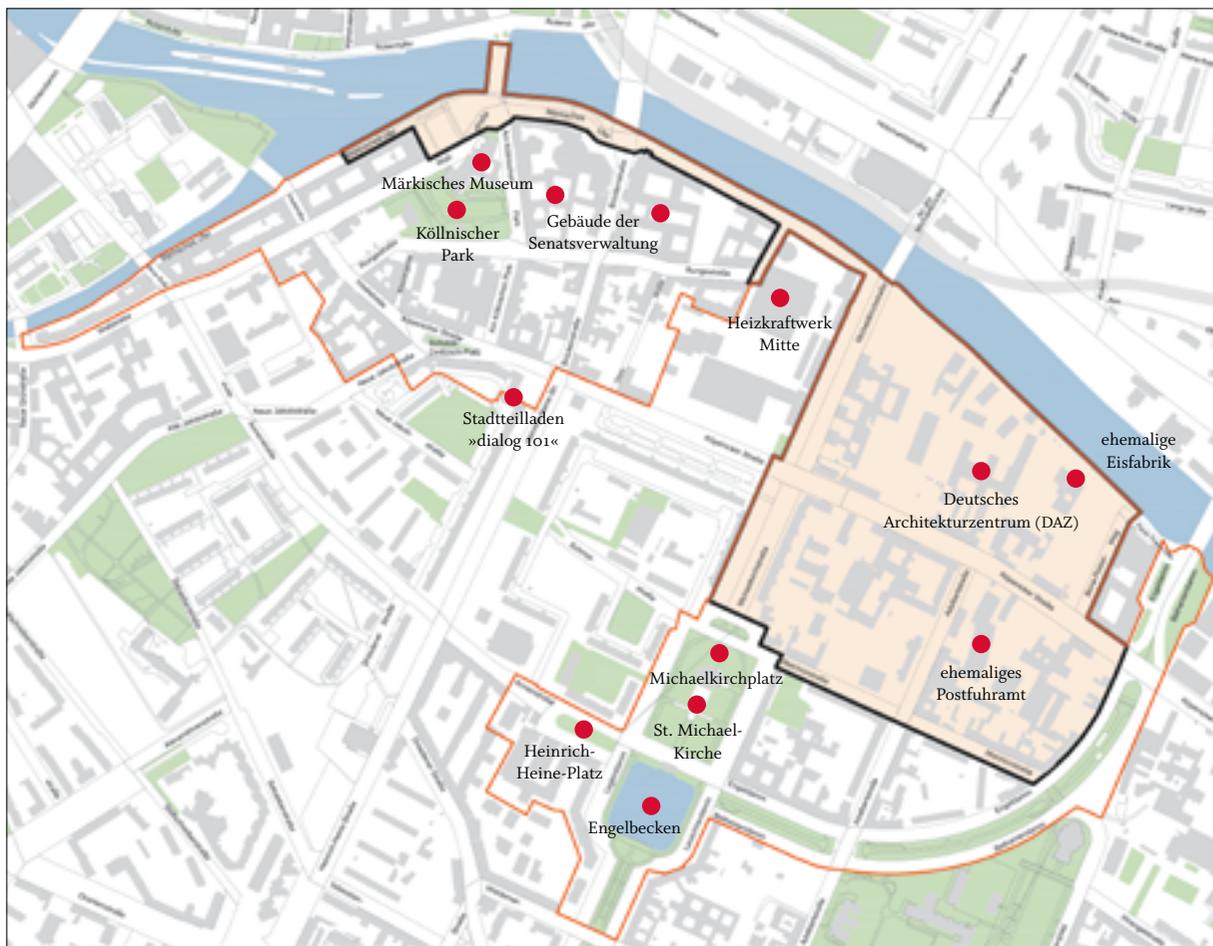
Nach Mauerfall und Wiedervereinigung war in dem Haus noch bis Ende der 90er Jahre das Berliner Tropeninstitut untergebracht, dann wurde es an die Konzeptbau München GmbH verkauft und zu Wohnungen »für den gehobenen Anspruch in Berlin Mitte« umgebaut. Nur im Parterre und im Zwischenaufbau gibt es Gewerbe.

Nun endlich, möchte man meinen, müsste in das Haus Frieden einkehren. Aber weit gefehlt, ein Spaziergang in der Gegend belehrt den Flaneur über die Kämpfe gegen die Gentrifizierung.

Seit einigen Jahren gibt es Angriffe von Linksradikalen. Mit Pflastersteinen und grüner Farbe sowie Brandstiftung gegen »Luxusmieter« oder vielmehr ihre Häuser richteten sie jeweils mehrere 10.000 Euro Schaden an. Immerhin zündeten sie nur Dixi-Klos und Baustellenabsperrungen an und es kamen keine Menschen zu Schaden. Inwiefern der Absender der Randalie »Krzbrg Flora« korrekt war, ist schwer zu beantworten, denn Kreuzberg selber ist von der Gentrifizierung inzwischen noch härter betroffen als Mitte. Falko Hennig

Quellen/weiterführende Hinweise: Annett Gröschner, Arwed Messmer (Hrsg.): »Aus anderer Sicht. Die frühe Berliner Mauer«, Hatje Cantz Verlag 2011, 752 Seiten, www.aus-anderer-sicht.de www.hewo-internetmarketing.de/engeldamm

Der Autor lädt täglich zum Stadtpaziergang »Lilienthal & Genossen« (2h, € 10,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11 & 14 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich 0176-20 21 53 39.



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de
 Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr
 im Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr